

Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im BKA

Beobachtungen aus dem Kommunalen Monitoring – Eine Zwischenbilanz im Spiegel multipler Krisen

Sarah Bitschnau, Kirsten Eberspach

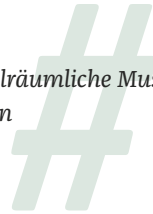
Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Das MOTRA-Teilprojekt „Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ (KoMo) beabsichtigt mittels halbjährlicher bundesweiter Befragungswellen eine hochaktuelle Erfassung und Untersuchung von Dynamiken im Anfeindungsverhalten gegenüber Kommunalpolitiker*innen, das mit veränderten gesellschaftlichen Konfliktlagen und/oder punktuellen Ereignissen sowie damit assoziierten Krisenerscheinungen einhergeht. Bisher konnten fünf Erhebungswellen realisiert werden, die durch ihren längsschnittlichen Charakter unter anderem wertvolle Einblicke in regionalräumliche und gruppenspezifische Muster und Trends des Anfeindungsgeschehens gegenüber Kommunalpolitiker*innen erlauben. Was der Rückblick auf die bisherigen Erhebungswellen auch zeigt, ist der Einfluss von globalen Krisen auf das Anfeindungsgeschehen gegenüber kommunalen Amts- und Mandatsträger*innen vor Ort.

Stichworte

Kommunalpolitik | Hass und Hetze | Anfeindungen | regionalräumliche Muster | gruppenspezifische Muster | Risikogruppen



Ein Rückblick auf fünf Erhebungswellen

Mittlerweile blickt das MOTRA-Teilprojekt „Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ (KoMo) auf fünf abgeschlossene Erhebungswellen zurück, während sich die sechste Erhebungswelle bereits im Feld (Stand: Juli 2024) befindet. Dass ein solches halbjährlich getaktetes Monitoring des Anfeindungsgeschehens gegenüber kommunalen Amtsträger*innen auch weiterhin notwendig ist, indizieren unter anderem die weiterhin steigenden Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen, die im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Politisch Motivierte Kriminalität“ (KPMD-PMK) seit dem Jahr 2019 als separates Unterangriffsziel erfasst werden (BMI & BKA, 2020). Zudem zeigte sich auch im Vorfeld dieses „Superwahljahres“ – sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene –, dass Anfeindungen und Übergriffe gegenüber politisch engagierten Menschen keineswegs Randerscheinungen sind, sondern für viele inzwischen zum Amtsalltag gehören. Wie Abbildung 1 veranschaulicht, hat sich das Straftatengeschehen gegen Amts- und Mandatsträger*innen von dem Jahr 2019 auf 2023 mehr als verdreifacht (BMI & BKA, 2021, 2022, 2023, 2024).

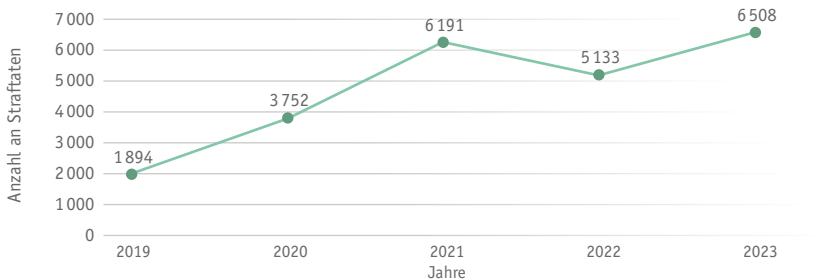


Abbildung 1: Entwicklung des im KPMD-PMK erfassten Straftatenaufkommens mit dem Unterangriffsziel „Amtsträger“ oder „Mandatsträger“ von 2019 bis 2023 (eigene Darstellung)

Da es sich hierbei lediglich um das Hellfeld des Anfeindungsgeschehens handelt, ist parallel eine kontinuierliche Betrachtung des Dunkelfelds umso wichtiger. Dadurch wird eine hochaktuelle und tiefer greifende Erfassung von Dynamiken im Anfeindungsverhalten gegenüber kommunalen Amtsträger*innen sichergestellt. Auf Basis dieser Befunde können schließlich bedarfsgerechte und zielgerichtete Präventions- und Schutzmaßnahmen in den Kommunen abgeleitet werden.

Methodik, Aufbau und Stichproben

Seit Projektbeginn vor drei Jahren wird das Kommunale Monitoring (KoMo) analog einem längsschnittlichen Erhebungsdesign in einem halbjährlichen Befragungsturnus einer Herbst- und Frühjahrsbefragung durchgeführt. Dabei bilden die bundesweit ehren- und hauptamtlich tätigen (Ober-)Bürgermeister*innen und Landrät*innen (N ≈ 11 000) als kommunale Amtsträger*innen die Grundgesamtheit. Mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) werden die selbstselektiven Stichproben turnusgemäß mittels eines halbstandardisierten Online-Fragebogens zu Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen ober- und unterhalb der Strafbarkeit im Amtsalldag während der zurückliegenden sechs Monate bundesweit befragt (ausführlich dazu: Eberspach et al., 2022). Abbildung 2 gibt einen Überblick über die soziodemografische Zusammensetzung der bisherigen fünf KoMo-Stichproben im Verlauf, die sich mit den Stichproben weiterer vorliegender Studien zum gegenständlichen Untersuchungsfeld decken (Bertelsmann Stiftung et al., 2008; Lukoschat & Belscher, 2014). Demnach sind mit Blick auf das Geschlecht nach wie vor erheblich mehr Männer in der Kommunalpolitik aktiv im Vergleich zu Frauen. Hinsichtlich des Alters sind mehrheitlich ältere Kommunalpolitiker*innen ab 50 Jahre politisch engagiert im Vergleich zu jüngeren.

| | 1. Erhebungswelle Herbst 2021 (n = 1 495) (vgl. Eberspach et al. 2022) | 2. Erhebungswelle Frühjahr 2022 (n = 1 500) (vgl. Eberspach et al., 2023a) | 3. Erhebungswelle Herbst 2022 (n = 1 750) (vgl. Eberspach et al., 2023b) | 4. Erhebungswelle Frühjahr 2023 (n = 1 739) (vgl. Simon et al., 2024) | 5. Erhebungswelle Herbst 2023 (n = 2 055) (vgl. Bitschnau et al., 2024) |
|------------------------|---|---|---|--|--|
| Geschlecht in % | | | | | |
| Männlich | 82 | 81 | 84 | 82 | 83 |
| Weiblich | 18 | 19 | 16 | 18 | 17 |
| Gesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Alter in % | | | | | |
| Bis 39 Jahre | 11 | 13 | 10 | 12 | 11 |
| 40–49 Jahre | 23 | 25 | 23 | 22 | 18 |
| 50–59 Jahre | 40 | 37 | 41 | 40 | 41 |
| Ab 60 Jahre | 26 | 25 | 26 | 26 | 30 |
| Gesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |

Abbildung 2: Soziodemografische Struktur der Stichproben nach Geschlecht und Alter des KoMo im Verlauf (eigene Darstellung)

Betroffenheit im Spiegel eines multiplen Krisenmodus

Wie Abbildung 3 zeigt, erlauben die bisherigen Ergebnisse aus dem Kommunalen Monitoring (KoMo) eine Einsicht in den zeitlichen Verlauf von treibenden Themen in deutschen Kommunen, die in Verbindung mit dem Anfeindungs geschehen gegenüber kommunalen Amtspersonen stehen. Dabei scheint sich dieses beobachtete Geschehen aktuell auf eine bundesweite Betroffenheit zwischen 35 % und 40 % einzupendeln.

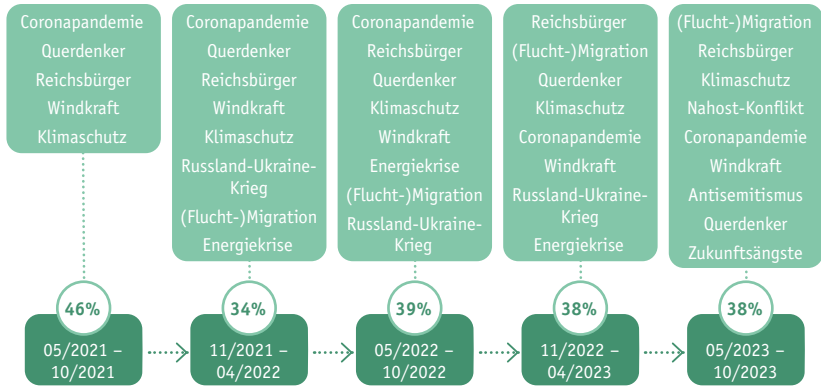


Abbildung 3: Bundesweite Betroffenenquoten und treibende Themen in den Kommunen im Referenzzeitraum der fünf KoMo-Erhebungswellen (eigene Darstellung)

Mittels offener Freitextfelder konnten die Befragten über alle Erhebungswellen hinweg freie Angaben zu der vermuteten Motivation hinter dem jeweils zuletzt erlebten Vorfall machen, die anschließend thematisch codiert wurden. Wie Abbildung 4 illustriert, scheint sich hierbei ein multipler Krisenmodus in den Anfeindungserlebnissen der Kommunalpolitiker*innen widerzuspiegeln: Im Herbst 2021 schlugen in den Kommunen insbesondere radikale Positionen seitens der Bürger*innen zu den Themen Coronapandemie (65 %), Querdenker (15 %), Reichsbürger (14 %), Windkraft (5 %) und Klimaschutz (2 %) auf. Auch im Frühjahr und Herbst 2022 waren radikale Positionen zu diesen Themen in den Kommunen noch sehr präsent, wobei in diesem Zeitraum zusätzlich das Thema Russland-Ukraine-Krieg und die damit in Verbindung stehenden Themen Energiekrise und (Flucht-)Migration in den Kommunen verstärkt aufschlugen (Frühjahr 2022: Coronapandemie (41 %), Querdenker (21 %), Reichsbürger (19 %), Windkraft (7 %), Klimaschutz (6 %), Russland-Ukraine-Krieg (2 %), Energiekrise (2 %) und (Flucht-)Migration (2 %); Herbst 2022: Coronapandemie (36 %), Querdenker (11 %), Reichsbürger (17 %), Klimaschutz (9 %) und Windkraft (9 %), Energiekrise (7 %), (Flucht-)Migration (7 %) und Russland-Ukraine-Krieg (4 %). Im Frühjahr 2023 waren radikale Positionen zu diesen Themen weiterhin in den Kommunen präsent (Reichsbürger (31 %), (Flucht-)Migration (21 %), Querdenker (14 %), Klimaschutz (14 %), Coronapandemie (11 %), Windkraft (3 %), Russland-Ukraine-Krieg (3 %) und Energiekrise (3 %). Allerdings wurden im Herbst 2023 die Themen

Coronapandemie (7 %), Windkraft (7 %), Querdenker (4 %) und Russland-Ukraine-Krieg (0 %) von folgenden Themen in den Kommunen abgelöst beziehungsweise überschattet: (Flucht-)Migration (30 %), Reichsbürger (16 %), Klimaschutz (14 %), Nahost-Konflikt (11 %), Antisemitismus (5 %) und Zukunftsängste (2 %).

Hervorzuheben ist dabei vor allem der ersichtliche ‚Themen-Shift‘: In den ersten drei Befragungswellen war das Anfeindungs geschehen sehr stark im Zusammenhang mit der Coronapandemie stehend. Dieses spielte in den letzten beiden Befragungen nur noch eine untergeordnete Rolle, während Reichsbürger und (Flucht-)Migration stärker in den Fokus rücken. Im Rahmen der letzten Befragung im Herbst 2023, die noch gänzlich unter dem Eindruck des Geschehens um den ‚7. Oktober‘ herum stand, kommen der Nahost-Konflikt, Antisemitismus und Zukunftsängste als bedeutsam vermutete Motive auf.

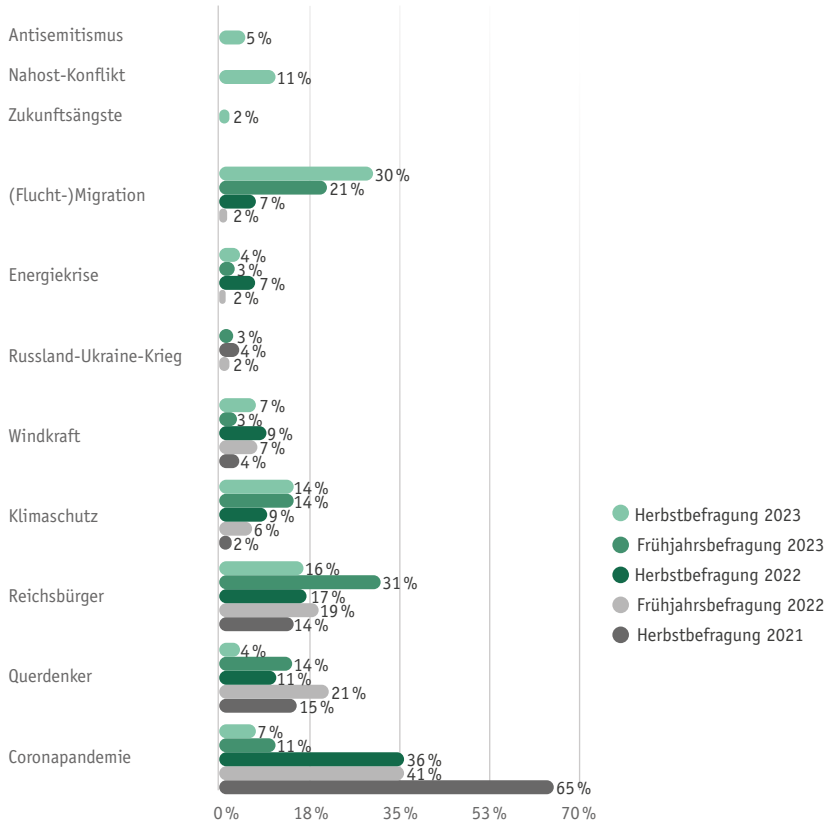


Abbildung 4: Angaben der Befragten zur vermuteten Motivation hinter dem jeweils zuletzt erlebten Vorfall als treibende Themen in den Kommunen aus den fünf KoMo-Erhebungswellen in Prozent (eigene Darstellung)

Regionalräumliche Muster im Anfeindungsgeschehen

Wenn es um den regionalräumlichen Vergleich von Anfeindungen gegen Kommunalpolitiker*innen geht, fällt das Südost-West-Gefälle über nahezu

alle Erhebungswellen hinweg signifikant¹ stärker als das klassische Ost-West-Gefälle. Demnach sind Amtsträger*innen aus den südöstlichen Bundesländern (östliche Bundesländer, Bayern und Baden-Württemberg) signifikant stärker von Anfeindungen und Übergriffen im Alltag der Amtsausübung betroffen im Vergleich zu den westlichen Bundesländern exklusive Bayern und Baden-Württemberg (Herbst 2021: 51 %^{***} versus 38 %, Frühjahr 2022: 38 %^{**} versus 31 %, Herbst 2022: 42 %^{*} versus 37 %, Frühjahr 2023: 37 % versus 39 %, Herbst 2023: 43 %^{***} versus 34 %).

Des Weiteren ergibt sich über alle Erhebungswellen hinweg ein signifikantes Stadt-Land-Gefälle. Demnach weisen Kommunalpolitiker*innen in städtischen Regionen mit mehr als 20.000 Einwohner*innen eine signifikant stärkere Betroffenheit auf im Vergleich zu ländlichen Regionen mit bis zu 20.000 Einwohner*innen (Herbst 2021: 56 %^{***} versus 40 %, Frühjahr 2022: 45 %^{***} versus 32 %, Herbst 2022: 50 %^{***} versus 34 %, Frühjahr 2023: 45 %^{**} versus 36 %, Herbst 2023: 52 %^{***} versus 36 %).

Dabei handelt es sich zeitlich um relativ stabile regionalräumliche Muster im Anfeindungsgeschehen gegenüber kommunalpolitischen Amtsträger*innen. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit Befunden aus dem MOTRA-Teilmodul zu kriminologischen Sozialraumanalysen, die insbesondere im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland sowie ländlichen und städtischen Gebieten regionalräumliche Unterschiede ausmachen, die in einer Verbindung mit dem regional divergenten Aufkommen politisch motivierter Kriminalität stehen (Bitschnau et al., 2022).

Gruppenspezifische Muster im Anfeindungsgeschehen

Auch mit Blick auf soziodemografische Unterschiede lässt sich ein über die Zeit relativ stabiles Muster erkennen: Mit Blick auf das Geschlecht zeigt sich, dass Frauen und Männer in der Kommunalpolitik über alle Erhebungswellen hinweg gleichermaßen von Anfeindungen betroffen sind (Herbst 2021: 43 % versus 45 %, Frühjahr 2022: 32 % versus 35 %, Herbst 2022: 43 %

¹ Zur Prüfung etwaiger Unterschiede und Zusammenhänge auf statistische Signifikanz wird zwischen den drei gängigen Signifikanzniveaus $*p < 0.05$, $**p < 0.01$ und $***p < 0.001$ unterschieden. Dies bedeutet, dass die vorgefundenen Unterschiede beziehungsweise Zusammenhänge mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % (*), 99 % (**) beziehungsweise 99.9 % (***) nicht zufällig zustande gekommen sind, sondern auf einen systematischen, belastbaren Befund hindeuten, was im Text jeweils mit den angefügten Sternchen (*) angezeigt ist.

versus 40 %, Frühjahr 2023: 38 % versus 36 %, Herbst 2023: 37 % versus 39 %). Hinsichtlich der Funktion lässt sich über den gesamten Zeitraum hinweg beobachten, dass politisch Engagierte im Hauptamt signifikant stärker von Anfeindungen betroffen sind als jene im Ehrenamt (Herbst 2021: 57 %*** versus 33 %, Frühjahr 2022: 43 %*** versus 25 %, Herbst 2022: 46 %*** versus 31 %, Frühjahr 2023: 44 %*** versus 31 %, Herbst 2023: 47 %*** versus 30 %). In Bezug auf die Altersverteilung kristallisiert sich über die Erhebungswellen heraus, dass jüngere Kommunalpolitiker*innen bis 40 Jahre stärker von Anfeindungen betroffen sind im Vergleich zu älteren Kolleg*innen (Herbst 2021: 60 %*** versus 43 %, Frühjahr 2022: 37 % versus 35 %, Herbst 2022: 51 %** versus 39 %, Frühjahr 2023: 43 % versus 37 %, Herbst 2023: 55 %*** versus 37 %).

Jedoch wurde im Rahmen der fünften Erhebungswelle im Herbst 2023 eine tiefer greifende Untersuchung durchgeführt (für detaillierter Ausführungen vgl. Bitschnau & Eberspach, 2024), die interessante Auffälligkeiten zu gruppenspezifischen Merkmalen zutage befördert:

- Familienangehörige von Frauen wurden signifikant häufiger angefeindet im Vergleich zu Männern.
- Frauen waren stärker von Hasspostings und von sexueller Belästigung, sexualisierter Gewalt sowie Vergewaltigungsfantasie betroffen als Männer.
- Während hauptamtliche Personen stärker von Anfeindungen im digitalen Raum betroffen waren, erlebten ehrenamtliche Personen diese häufiger im analogen Raum.
- Ehrenamtlichen Personen waren die Täter*innen häufiger bekannt als hauptamtlichen Personen.
- Ehrenamtliche Personen leiden insgesamt signifikant häufiger an psychischen/physischen Folgen im Zuge der Anfeindungen und haben häufiger eine Amts-/Mandatsniederlegung erwogen, während hauptamtliche Personen häufiger an Angst oder Unruhe, Konzentrationschwierigkeiten, Schlafproblemen sowie Rufschädigung leiden.

- Älteren Amtspersonen ab 41 Jahre waren die Täter*innen im Rahmen des zuletzt erlebten Vorfalls häufiger bekannt als jüngeren Amtspersonen.
- Ältere Amtspersonen ab 41 Jahre leiden insgesamt häufiger an psychischen/physischen Folgen im Zuge der Anfeindungen, während jüngere Amtspersonen bis 40 Jahre häufiger Angst oder Unruhe äußerten.

Zusammenfassend lassen sich auf Basis der bisherigen Befunde aktuell unterschiedliche Risikogruppen ausmachen: Obwohl (1) Frauen deutlich unterrepräsentiert sind in der Kommunalpolitik, sind diese gleichermaßen betroffen wie Männer. Insbesondere die Signifikanz im Zuge der Anfeindungen von Familienangehörigen zeigt, dass weiblich gelesene Amts- und Mandatspersonen eine besonders vulnerable Personengruppe darstellen. Ähnlich verhält es sich mit Personen im Haupt- und Ehrenamt: Obwohl Personen im Hauptamt eine stärkere Betroffenheit aufweisen, kristallisieren sich (2) ehrenamtliche Amtsträger*innen als Risikogruppe heraus, denn sie sind unter anderem häufiger von Übergriffen im analogen Raum betroffen, die einen besonderen Eingriff in die Privatsphäre darstellen. Zudem leiden sie häufiger an psychischen/physischen Folgen im Zuge der Anfeindungen und haben häufiger eine Amts-/Mandatsniederlegung erwogen mit schwerwiegenden Folgen für eine lebhaftere Demokratie. Zudem weisen (3) Amtsträger*innen aus südöstlichen Bundesländern sowie (4) in städtischen Regionen mit mehr als 20 000 Einwohner*innen eine signifikant stärkere Betroffenheit auf.

(Zwischen-)Fazit und Ausblick

Wie die bisherigen fünf Erhebungswellen des Teilprojekts KoMo zeigen, wirken sich globale Krisen unmittelbar auf das Leben vor Ort in den Kommunen aus. Weitreichende Themen wie Unterbringung/Integration von Geflüchteten, Energiesicherheit, Klimaschutz oder gesellschaftlicher Zusammenhalt sind komplexe Zusammenhänge, auf die Städte und Gemeinden in Deutschland Antworten und Lösungen finden müssen. In diesem Kontext sind politisch engagierte Menschen allzu oft Zielscheibe von Anfeindungen und Übergriffen, was auch als Angriff auf das demokratische System zu deuten ist. Auf Basis der Erhebungen konnten für

den Zeitraum ab Mai 2021 bereits zeitlich relativ stabile regionalräumliche sowie gruppenspezifische Muster und Trends im Anfeindungsgeschehen gegenüber kommunalen Amtsträger*innen identifiziert werden. Inwiefern sich diese Trends weiterhin fortsetzen, bleibt im weiteren Verlauf des Kommunalen Monitorings zu beobachten. Durch tiefgreifende längsschnittliche Untersuchungen des Geschehens unter regionalräumlichen sowie gruppenspezifischen Aspekten wird es möglich, in hoch dynamischen Zeiten Wirkungszusammenhänge und Risikogruppen möglichst zeitnah zu identifizieren und darauf aufbauend regionalräumlich und gruppenspezifisch zugeschnittene Schutzmaßnahmen für die Präventionsarbeit vor Ort in den Kommunen abzuleiten. Um dem demokratiegefährdenden Potenzial von Anfeindungen und Übergriffen gegen Amts- und Mandatsträger*innen entgegenzuwirken, liegt der Erfolgsschlüssel unter anderem auch in der frühzeitigen und gezielten Adressierung vulnerabler Personengruppen. Hierzu möchte KoMo auch weiterhin einen wesentlichen Beitrag leisten und als Plattform für (nicht-)betroffene kommunale Amts- und Mandatsträger*innen dienen.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung, Deutscher Städtetag & Deutscher Städte- und Gemeindebund (2008). *Beruf Bürgermeister/in. Eine Bestandsaufnahme für Deutschland*. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_23926_23927_2.pdf
- Bitschnau, S. & Eberspach, K. (2024). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Zentrale Befunde und eine Betrachtung gruppenspezifischer Unterschiede zur Herbstbefragung 2023*. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/05/KoMo-Herbstbefragung-2023-1.pdf>
- Bitschnau, S., Michaelis, S., Bretsch, D. & Kemmesies, U. (2022). Radikalität im Spiegel politisch motivierter Kriminalität: eine Sozialraumanalyse auf Kreisebene – erste deskriptiv-explorative Analysen. In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, E. Grande, D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021* (S. 154–187). MOTRA.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), Bundeskriminalamt (BKA) (2020). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019. Bundesweite Fallzahlen*. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/2019PMKFallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) & Bundeskriminalamt (BKA) (2021). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020. Bundesweite Fallzahlen*. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/2020PMKFallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) & Bundeskriminalamt (BKA) (2022). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021 – Bundesweite Fallzahlen*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/pmk2021-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=1
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) & Bundeskriminalamt (BKA) (2023). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2022. Bundesweite Fallzahlen*. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/2022PMKFallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) & Bundeskriminalamt (BKA) (2024). *Bundesweite Fallzahlen 2023. Politisch motivierte Kriminalität*. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- Eberspach, K., Bitschnau, S. & Kemmesies, U. (2022). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Beobachtungen und Befunde zur Ersterhebung – Herbstbefragung 2021*. https://www.motra.info/wp-content/uploads/2023/02/KoMo_Beobachtungen-und-Befunde-zur-Ersterhebung_Herbstbefragung2021.pdf
- Eberspach, K., Bitschnau, S. & Kemmesies, U. (2023a). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Aktuelle Befunde aus der Frühjahrsbefragung 2022*. https://www.motra.info/wp-content/uploads/2023/02/motra_KoMoBericht_Fruhjahrensbefragung_22.pdf
- Eberspach, K., Bitschnau, S. & Kemmesies, U. (2023b). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Beobachtungen und Befunde zur Herbstbefragung 2022*. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2022/11/KoMo-Herbstbefragung-2022.pdf>

Lukoschat, H. & Belscher, J. (2014). *Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West*. Europäische Akademie für Frauen (EAF) Berlin.

Simon, L., Bitschnau, S., Eberspach, K. & Kemmesies, U. (2024). *Kommunales Monitoring. Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Beobachtungen und Befunde zur Frühjahrsbefragung 2023*.
<https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/04/KoMo-Herbstbefragung-2023-1.pdf>